

Lothar Binding
Mitglied des Deutschen Bundestages

Lothar Binding, MdB * Bergheimer Str. 88 * 69115 Heidelberg

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 -73144
Fax: (030) 227 -76435
eMail Berlin:
lothar.binding@bundestag.de

Postanschrift Wahlkreis:
Bürgerbüro Heidelberg
Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg
Tel: (06221) 18 29 28
Fax: (06221) 61 60 40

Bürgerbüro Weinheim
Hauptstraße 122
69469 Weinheim
Tel: (06201) 60 22 12
Fax: (06201) 60 22 13

eMail Heidelberg und Weinheim:
lothar.binding@wk.bundestag.de
Homepage: www.lothar-binding.de

Heidelberg, den 28. Jan. 2005

Landwirtschaftspolitik Ihr Schreiben vom 20. Januar 2005

Sehr geehrter Herr Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben zur Landwirtschaftspolitik. Dass Sie als Haupterwerbslandwirt nur ein Bruttoeinkommen von ca. 1.200 Euro im Monat erzielen, halte ich nicht für akzeptabel. Da hilft es natürlich auch nicht, wenn wir die Einkommenssteuern senken, was ja zwischen 1998 und heute kräftig geschah... bei Ihrem Einkommen für eine Familie fallen ja keine Einkommensteuern an und die Senkung der Steuern wird bei Ihnen nicht spürbar. Das war übrigens einer der Gründe, warum wir das Kindergeld kräftig angehoben haben.

Um Ihnen anzudeuten auf welchem Hintergrund unsere Entscheidungen, unter Einschluss der notwendigen Änderungen in Folge der EU-Rechtlichen Vorgaben, beruhen, hier einige Hinweise, die sich teilweise wortgleich an eine Ausarbeitung meiner Kollegin Waltraud Wolff anlehnen und die auch deutlich machen können, dass wir heute Problemfelder vorfinden, die sich aus einer jahrzehnte langen Fehlförderstruktur ergeben.

Die in Europa in den vergangenen Jahrzehnten exorbitanten Zuschüsse in die Landwirtschaft, haben originäre Markt- und Wettbewerbsstrukturen zerstört, große Unterschiede zwischen einzelnen Ländern zementiert und auch, wie ich meine, im Verbraucherverhalten und dessen Preiserwartung Fehlanreize gesetzt, die sich heute nur mit großen Anstrengungen korrigieren lassen. Gelegentlich muss ich mich mit Argumenten von Bürgern befassen, die unsere überbordende Staatsverschuldung und Zinsbelastung wesentlich auf die steuerfinanzierten Zuschüsse und Subventionen im Agrarbereich zurückführen. Die Staatsverschuldung war auch Anlass für das Kochsteinbrück Papier, das Sie ja mit dem Hinweis auf das Haushaltsbegleitgesetz 2005 ansprechen, mit dem Subventionen sukzessive im Verlauf der kommenden Jahre abgebaut werden sollen.

Die BSE-Krise war ein eindeutiger Hinweis, wie wichtig die Änderung in der Agrarpolitik ist, auch im Hinblick auf die Erfordernisse der globalen Wirtschaft. Wenn wir uns im Weltmarkt für einen Abbau handelsverzerrender Maßnahmen einsetzen, können wir diese nicht gleichzeitig beibehalten. Das Exportdumping der Agrarsubventionen fügt der Dritten Welt erheblichen Schaden zu. Bei gleichzeitig erhobenen Schutzzöllen benachteiligen wir zusätzlich Entwicklungs-

und Schwellenländer. Natürlich müssen wir dies bedenken, denn eine solche Entwicklung hat gravierend negative Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft, weil sich, mit Blick auf die gesamte Volks- und Weltwirtschaft, mittels Subventionen dauerhaft solche Strukturen nicht aufrecht erhalten lassen.

Landwirtschaft und ländliche Räume

1,3 Millionen Arbeitskräfte sind in der Landwirtschaft (einschl. Forstwirtschaft, Fischerei, Gartenbau) haupt- oder nebenberuflich tätig. Zusammen mit den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen hängen zehn bis zwölf Prozent der Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab. 85 % der Fläche Deutschlands sind landwirtschaftliche Nutzfläche oder Wald. 40 % der Einwohner leben in Städten und Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern. Diese Zahlen belegen die Bedeutung dieses Sektors.

Allgemeine Strukturentwicklung

Die Landwirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten einen enormen Strukturwandel durchlaufen. 2003 gab es etwa 400.000 Betriebe mit einer durchschnittlichen Flächenausstattung von 44 ha je Betrieb - mit einem erheblichen Nord-Süd- und Ost-West-Gefälle. Landwirtschaftliche Einzelunternehmen bilden die Mehrzahl, allerdings wächst die Zahl der Personengesellschaften und der Juristischen Personen, insbesondere der Genossenschaften und Aktiengesellschaften.

Betriebe mit geringer Flächenausstattung wachsen durch Pacht oder Kauf von Flächen sowie über eine Ausweitung ihrer Tierhaltung - oder sie werden eingestellt. Deshalb ist die Zahl der Betriebe über 75 ha in den letzten Jahren gestiegen, während sie insgesamt jährlich um 3,2 % abnimmt. 63 % der 1,3 Mio. Arbeitskräfte sind Familienarbeitskräfte. Ihre Zahl geht weiter leicht zurück, während die Zahl der abhängig Beschäftigten in der Landwirtschaft vor allem in den neuen Bundesländern leicht ansteigt.

Etwa 30 % der Betriebe haben seit 1991 aufgegeben - aus vielerlei Gründen: mangelnde Wirtschaftlichkeit, fehlende Hofnachfolge, keine Wachstumsmöglichkeiten aufgrund fehlender Flächen oder hoher Anforderungen bei Investitionen in neue Standorte u.a.m..

Einkommenssituation

Nur ein Viertel der Betriebe erzielte 2002/2003 einen Gewinn von mehr als 40.000 €. Über 70 % der Betriebe werden im Nebenerwerb bewirtschaftet.

Die Betriebe, die überwiegend von der Landwirtschaft leben, erreichten nach dem Agrarbericht 2004 einen durchschnittlichen Gewinn von 27.000 € je Betrieb. Dabei waren die Einkommen in den letzten Jahren rückläufig, in 2002/2003 mit minus 20 % besonders stark. Für das letzte Wirtschaftsjahr, 2003/2004, wird der Agrarbericht 2005 einen leichten Einkommensanstieg (+3 bis 5 %) ausweisen, auch die Aussichten auf das laufende Wirtschaftsjahr sind positiv. Über besonders niedrige Gewinne verfügen die Betriebe mit Milchviehhaltung und Gemischtbetriebe, zusammen etwa 60 % aller Betriebe.

Die Nettoinvestitionen in der Landwirtschaft waren in den letzten Jahren rückläufig; sie lagen zuletzt bei 3.500 € je Betrieb und Jahr.

Ökologischer Landbau

Die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe hat sich seit 1995 mehr als verdoppelt, ihr Anteil an der Zahl aller Betriebe hat sich auf 3,6 % erhöht. 2003 wurden etwa 4,1 % der Gesamtfläche ökologisch bewirtschaftet. Vor allem in den neuen Ländern haben viele Betriebe auf den ökologischen Landbau gesetzt. Hier werden auch sehr große Betriebe ökologisch bewirtschaftet.

Die ökologisch bewirtschafteten Betriebe erzielen im Vergleich zu konventionell wirtschaftenden einen etwa 20 % höheren Gewinn, nicht zuletzt aufgrund der deutlich höheren Zahlungen aus Agrarumweltprogrammen.

Qualitätssicherung und Strukturwandel

Mit dem Stichwort „Von der Ladentheke her denken“ zielt eine wesentliche Entwicklungsrichtung der Landwirtschaft auf das Qualitätsbewusstsein der Verbraucher. Bisher lassen sich allerdings hohe Standards nur ungenügend am Markt durchsetzen. Es fehlt in vielen Bereichen an durchgehenden Qualitätssicherungssystemen. Die Verbraucherpreise für Lebensmittel sind in Deutschland oft niedriger als in andere EU-Staaten, insbesondere wegen des starken Wettbewerbs im Einzelhandel und des hohen Anteils von Discountmärkten. Daneben drücken strukturelle Defizite in der Ernährungswirtschaft auf die Erzeugerpreise.

Die Multifunktionalität der Landwirtschaft hat zugenommen und sollte noch weiter zunehmen. Dies ist ein wichtiges Ziel für unsere Gesellschaft. Viele Betriebe haben sich in den letzten Jahrzehnten alternative Einkommensquellen erschlossen - vor allem in der Direktvermarktung, im ländlichen Tourismus, aber auch mit nachwachsenden Rohstoffen oder dem Betrieb von Biogasanlagen. Perspektiven bieten sich für nachwachsende Rohstoffe und erneuerbarer Energien.

Situation der Agrarpolitik

Die Politik von Bundeskanzler Gerhard Schröder hat es möglich gemacht, dass mit der Agrarreform des Jahres 2004 die Zeit der Stützpreise, Interventionen, Exporterstattungen und daraus resultierender Marktstörungen auf den Weltmärkten zu Ende geht. Die Gemeinschaft kann auf WTO-Ebene für ein Auslaufen der Exporterstattungen im Agrarbereich, für einen Abbau der handelsverzerrenden Subventionen und einen stärkeren Marktzugang eintreten, weil dafür in der EU bereits wesentliche Voraussetzungen geschaffen wurden. Für die Zuckermarktordnung stehen Reformen an.

Für die wichtigsten Produktbereiche, Getreide und Ölsaaten, Milch, Rindfleisch, wurde die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion und ihre Bindung an die Einhaltung von Standards der Lebensmittelsicherheit sowie des Umwelt- und Tierschutzes beschlossen. Die Stützung der Erzeugerpreise wird deutlich zurückgefahren und nur teilweise ausgeglichen. Deutschland hat die Spielräume der EU-Agrarreform genutzt. Nach einer Übergangszeit werden die Beihilfen auf regional einheitliche Flächenprämien umgestellt. Damit wird die bisherige Ungleichbehandlung verschiedener Produktionsrichtungen aufgegeben, die Betriebe können ihre Produktion besser an den Erfordernissen der Märkte und der Nachfrage ausrichten. Allerdings wird diese Reform erhebliche Auswirkungen auf Produktionsstruktur, Erzeugerpreise und Einkommen der Betriebe haben.

Zwar ist für die notwendigen Anpassungen ein langer Übergangszeitraum bis 2013 vorgesehen, jedoch könnte es insbesondere bei Ertragschwachen Betrieben zu einem verstärkten Strukturwandel kommen.

Ungleiche Wettbewerbsbedingungen in der EU werden von der deutschen Landwirtschaft heftig beklagt. Besonders große Ungleichheiten gibt es im Energiebereich: Die Treibstoffpreise für die Landwirtschaft in Deutschland sind mit Abstand die höchsten. Eine Harmonisierung der für den Wettbewerb wichtigen Rahmenbedingungen ist dringend.

Wir haben die Standards in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit, den Tierschutz und die Umwelt kontinuierlich ausgebaut und die EU-Vorgaben in nationales Recht umgesetzt, nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der BSE- und anderer Krisen. Deutschland nimmt dabei in einigen, allerdings nicht allen, Bereichen eine Vorreiterrolle ein.

So hat Deutschland bereits 1998 die europäischen Regeln in Bezug auf den Pflanzenschutz umgesetzt - was in den vergangenen Jahren dazu geführt hat, dass deutsche Landwirte deutlich weniger Pflanzenschutzmittel einsetzen konnten als ihre Europäischen Nachbarn. Legehennen dürfen ab 2007 nicht mehr in Käfigen gehalten werden, und auch die in der übrigen EU ab 2012 zugelassenen "ausgestalteten Käfige" sind in Deutschland nicht zugelassen.

In Verzug ist Deutschland mit der Umsetzung der Schweinehaltungsrichtlinie. Die dabei schon weitgehend mit den Ländern abgestimmten Standards zählen zu den höchsten in Europa. Bei der Umsetzung der IVU- und UVP-Richtlinien ist Deutschland teilweise über die in der EU geltenden Standards hinausgegangen, andererseits entspricht das Düngemittelrecht noch nicht den EU-Anforderungen. Höhere nationale Anforderungen in Bezug auf die einzuhaltenden Standards lassen sich im EU-Binnenmarkt aufgrund des Wettbewerbs im Lebensmittelhandel kaum durchsetzen. Ungleiche Wettbewerbsbedingungen in der EU sind daher zurecht das am heftigst umstrittene Thema für die deutsche Landwirtschaft.

Länderübergreifende Analysen zur Wettbewerbssituation der Landwirtschaft sind leider kaum vorhanden. Die häufig beklagten Nachteile für die deutsche Landwirtschaft beleuchten daher oft nur einzelne Bereiche der Steuergesetzgebung und der Normen, und lassen andere Bereiche außer Betracht.

Der Strukturwandel der Land- und Ernährungswirtschaft ist nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: Besonders unter dem Eindruck der EU-Agrarreform und der voranschreitenden Liberalisierung des Welthandels dürfte er sich noch beschleunigen.

Um zu vermeiden, dass bestimmte Befürchtungen eintreten - die Zahl der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe könnte sich in den kommenden 10 bis 15 Jahren drastisch reduzieren - müssen sich die Betriebe einerseits noch stärker an den Anforderungen der Verbraucher orientieren und sich im Wettbewerb behaupten, sehen sich aber andererseits mit vielfältigen Anforderungen der Gesellschaft konfrontiert, die nur zum Teil als solche anerkannt oder gar honoriert werden. Dies stellt große Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit und aktive Veränderungsbereitschaft der deutschen Landwirtschaft.

Der ländliche Raum hat gleichwohl gute Chancen für die Zukunft. Allerdings erfordert eine möglichst bruchfreie und nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums und der Landwirtschaft auch weitergehende politische Reformen.

Dieser Aufgabe wollen wir mit Nachdruck, wie sich aus den nachfolgenden Überlegungen ergibt, nachgehen.

Situation der agrarsozialen Sicherung

Heute besteht Pflichtmitgliedschaft der in der Landwirtschaft tätigen Unternehmen in den regional organisierten agrarsozialen Sicherungssystemen, ohne Wahlmöglichkeit oder Risikoausgleich. Die Reform der Organisationsstrukturen ist aufgrund des Widerstands der Länder und der Verbände auf halben Wege stecken geblieben. Fast drei Viertel des Agrarhaushalts entfallen mittlerweile auf Ausgaben für die Alters-, Kranken- und

Unfallversicherung der Landwirte. Absehbar sind wegen des demographischen und strukturellen Wandels weiter steigende Belastungen für die Versicherten und den Bundeshaushalt.

Für die landwirtschaftliche Alterssicherung werden jährlich 2,3 Mrd. € aus Bundesmitteln, also mehr als die Hälfte des Agrarhaushalts, als Teilsicherung bereit gestellt. Das Beitrags-Leistungs-Verhältnis orientiert sich an der gesetzlichen Rentenversicherung.

Dagegen sind die Krankenversicherung und die Unfallversicherung umstritten. Die Beiträge der Versicherten werden überwiegend nach Flächenmaßstäben erhoben, die regional nicht einheitlich sind. Dadurch sind sowohl innerhalb der Landwirtschaft als auch im Vergleich zu anderen Sektoren die Belastungen uneinheitlich. Dies ist sachlich nicht begründbar und wird als ungerecht empfunden.

Besonders hohe Belastungen werden teilweise mit Bundesmitteln ausgeglichen. Allerdings wurden die Zuschüsse für die Unfallversicherung in den letzten Jahren reduziert. Die Bundesmittel für die landwirtschaftliche Krankenversicherung steigen zwar weiter auf 1,09 Mrd. € an, die Landwirte werden mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2004 aber künftig an der Finanzierung der Leistungsaufwendungen für die landwirtschaftlichen Rentner beteiligt.

Da es keinen Risikostrukturausgleich wie bei der GKV gibt, führt die Kürzung der Bundesmittel insbesondere in Süd- und Westdeutschland aber zu steigenden Beiträgen der Versicherten um 5 bis 10 %, manchmal noch mehr.

Da die Zahl der Versicherten im Sondersystem der Landwirtschaft weiter abnimmt, werden die Belastung der im System Verbleibenden und die des Bundes sowie die regionalen Unterschiede weiter ansteigen. Eine grundlegende Reform wird damit unausweichlich.

Nachhaltige Entwicklung für den ländlichen Raum

Die Landwirtschaft prägt die ländlichen Räume, bildet dort das Rückgrat für Wertschöpfung und Beschäftigung und nimmt neben der Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen wichtige Funktionen in Bezug auf Umwelt und Natur sowie für Erholung und Tourismus ein.

Die ländlichen Räume sind direkt und indirekt die Basis für einen großen Teil der innovativen Wirtschaftskraft unseres Landes. Sie prägen unsere Kulturlandschaft und sind damit eine ganz wesentliche Eigenheit Deutschlands. Der Erhalt und die Stärkung der Innovationskraft der ländlichen Räume ist ein wesentliches Ziel sozialdemokratischer Reformpolitik.

Eine Entwicklungsrichtung zielt auf eine nachhaltige Landbewirtschaftung und orientiert sich an der Dienstleistung, die die bäuerlichen Betriebe für Kulturlandschaft und Umweltschutz erbringen.

Die "Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) ist eine wichtige Maßnahme zur Begleitung des Strukturwandels. Sie dient gleichzeitig der Koordinierung und Ko-Finanzierung von EU-Programmen als "zweite Säule der Agrarpolitik", sowie der Förderung von Agrarumweltmaßnahmen, die ein Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche betreffen. Die Bundesmittel für die GAK wurden in den letzten Jahren gekürzt, auch da einige Bundesländer die notwendige Ko-Finanzierung nicht mehr aufgebracht haben.

Der EU-Finanzrahmen 2007 bis 2013 wird für die ländliche Entwicklung vermutlich erheblich zurückgefahren werden müssen.

Der finanzielle Handlungsspielraum für die notwendige Modernisierung des ländlichen Raums ist doppelt eingeschränkt. Kürzungen der Haushaltsmittel sind auch im Agrarbereich unerlässlich. Da die Agrarsozialausgaben etwa zwei Drittel des Agrarhaushalts quasi festlegen, ist der Kürzungsdruck auf die eigentlich unerlässlichen Unstrukturierungsmittel überproportional groß. Insofern besteht stetiger Handlungsbedarf: Die Politiken für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft müssen verzahnt und mehr auf den Erhalt von Beschäftigung und Wertschöpfung ausgerichtet werden.

Die ländlichen Räume und die bäuerliche Landwirtschaft sind bedeutende Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktoren für Deutschland. Ihre nachhaltige Entwicklung ist sozialdemokratische Politik.

Durch unsere Reformen sollen Direktzahlungen von der Produktion zugunsten gesellschaftlich erwünschter Leistungen der Landwirtschaft abgelöst werden. Erreicht wird dadurch eine langfristige Einkommenssicherung, die Stärkung von Agrarstruktur- und Küstenschutz, der Erhalt der Kulturlandschaft, Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Tierschutz. Vermieden wird eine Überproduktion am Markt vorbei. In Deutschland soll dies durch eine Kombination von Betriebs- und Flächenprämie erreicht werden.

Die Veränderungen sind große Zukunftschancen für unsere Gesellschaft aber auch für die Landwirtschaft, die durch langfristige Übergänge verträgliche Bedingungen und verlässliche Perspektiven erhalten. Gerade extensive Bewirtschaftung wird gefördert. Die Arbeit der Landwirte wird entgegen Ihrer Einlassung sehr wohl gewürdigt, die Zahlung der Förderungen sind eine Entlohnung für deren Leistungen für das Gemeinwohl.

Mein Brief ist etwas zu lang aber ich wollte Ihnen versuchen deutlich zu machen, das wir einerseits Ihre Sorgen sehr gut verstehen, andererseits natürlich auch die Interessen der Gesamtgesellschaft, rückblickend unter Einschluss schwierigster Fehlentwicklungen, langfristig für die Zukunft im Blick haben müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Binding